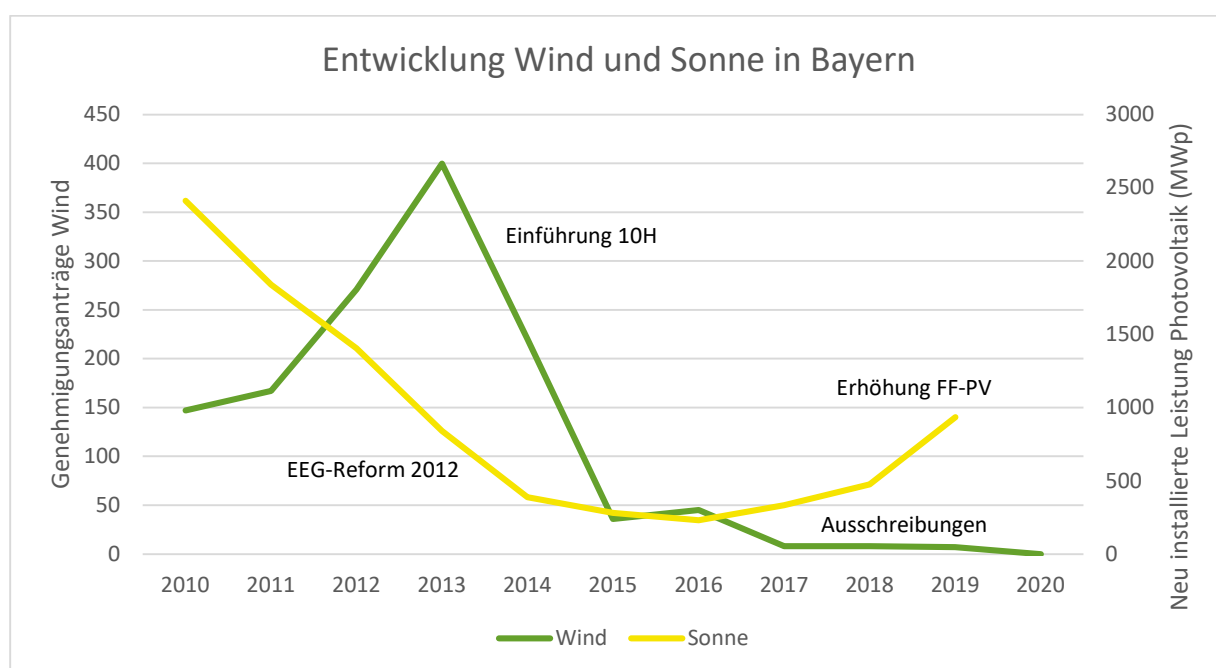


KICK-START FÜR DIE ENERGIEWENDE IN BAYERN

RÜCKBLICK

Die Energiewende lebt von zwei Voraussetzungen: von investitionsfreundlichen gesetzlichen **Rahmenbedingungen** und einer motivierenden **Rückendeckung** der Politik. In den vergangenen 10 Jahren seit der Atomkatastrophe von Fukushima lassen sich diese Voraussetzungen deutlich an den Ausbautzahlen von Sonne und Wind ablesen.



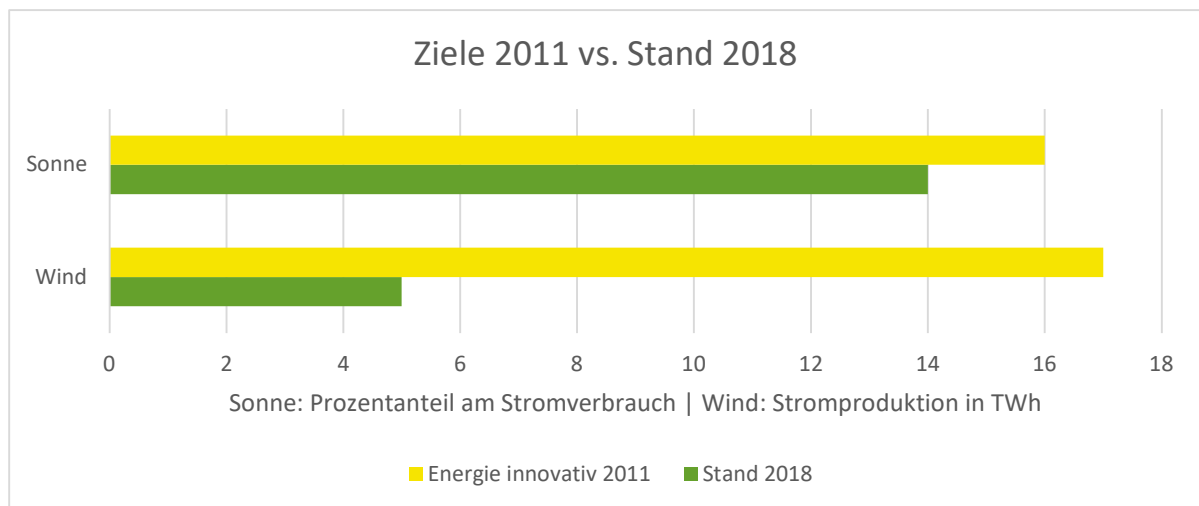
Quelle: https://www.energieatlas.bayern.de/thema_sonne/photovoltaik/daten.html und Drs. 18/9609

Die Staatsregierung hat mit der Aufgabe ihres Widerstands gegen die **Windenergie** nach Fukushima einen Boom ausgelöst, den Sie unvermittelt mit der Einführung der 10H-Regel 2014 jäh abgebrochen hat. Nach 400 neuen Genehmigungsanträgen im Jahr 2013 gingen zwei Jahre später nur noch 36 Anträge ein. Die Umstellung der EEG-Vergütung auf Ausschreibungen im Jahr 2017 tat ihr Übriges. Seither ist der jährliche Eingang neuer Genehmigungsanträge einstellig.

Die **Sonnenenergie** boomte zu Beginn des Jahrzehnts und wurde vor allem durch die EEG-Reformen 2012 und 2014 ausgebremst. Von stattlichen 2.413 MWp im Jahr 2010 schrumpfte der Zubau auf 231 MWp im Jahr 2016 – ein Einbruch von über 90 %. Seit im Freistaat die Rahmenbedingungen für Freiflächenanlagen verbessert wurden und die Photovoltaik immer günstiger produziert, erholt sich der Ausbau. Die neuen Beschränkungen für große Dachanlagen in der jüngsten Reform des EEG 2021 lassen sich aber noch nicht abschätzen.

DIE ZIELE DER CSU VS. DIE REALITÄT

Festzuhalten bleibt auch: Nach Fukushima hat die damalige CSU-geführte Regierung mit ihrem Energieprogramm „**Energie innovativ**“ neue Ziele für das laufende Jahrzehnt beschlossen. Heute zeigt sich: Selbst ihre eigenen – ohnehin zu schwachen – Ziele von damals wurden bis nicht erreicht. Wurden damals bis zum Ende des Jahrzehnts 16 % des Stromverbrauchs durch Photovoltaik angepeilt, erreichte der Anteil bis 2018 lediglich 14 %. Noch deutlicher wird die Zielverfehlung bei der Windenergie. Statt der geplanten 17 TWh Windstrom wurden in Bayern im Jahr 2018 lediglich knapp 5 TWh erzeugt.



Quelle: <https://www.stmwi.bayern.de/energie-rohstoffe/daten-fakten/>

ZEIT FÜR EINEN KICK-START

Es ist höchste Zeit für neue Impulse. Die Energiewende in Bayern braucht einen Kick-Start. Die Zeit knackiger Ankündigungen ohne Folgen ist abgelaufen. Der Freistaat kann folgende Maßnahmen sofort umsetzen und damit den Unternehmen, Kommunen und Menschen im Land, die in eine erfolgreiche Energiewende investieren wollen, Rückenwind geben.

Ein CO₂-Schattenpreis von 180 € einführen

Künftig soll in Bayern in die Wirtschaftlichkeitsberechnungen von sämtlichen Vergaben und Bauvorhaben des Landes ein Schattenpreis von 180 € pro Tonne CO₂ einfließen. Folgekosten werden dadurch klar sichtbar. Das ist ein Booster für neue und klimafreundliche Technologien in Produktion und Bauwesen. Während Söder von einer Klima-Allianz mit Baden-Württemberg träumt, macht das Nachbarland beim CO₂-Schattenpreis bereits Nägel mit Köpfen.

Die Solarpflicht für alle Gebäude und Parkplätze in Bayern

Lange angekündigt und mittlerweile in der Ministerialbürokratie verschwunden: Eine Solarpflicht für alle Neubauten und bei wesentlichen Sanierungen muss jetzt umgesetzt werden. Neue Parkplätze ab 25 Stellplätzen sollen ebenfalls mit Solartechnik ausgestattet werden. Die obligatorische Solarnutzung ist überfällig und volkswirtschaftlich schon längst sinnvoll. Baden-Württemberg oder NRW sind den ersten Schritt längst gegangen.

E-Autos als Standard im staatlichen Fuhrpark

Die Automobil-Industrie ist unbestritten ein wesentlicher Pfeiler der bayerischen Wirtschaftskraft. Damit auch das Auto der Zukunft in Bayern gebaut wird, soll ab sofort jede Neuanschaffung für den staatlichen Fuhrpark elektrisch angetrieben sein, insofern das technisch und sicherheitspolitisch möglich ist. Damit füllt der Freistaat seine Vorbildfunktion aus und das Image der Elektromobilität ins rechte Licht rücken.

Wind-Offensive im Staatswald

Schluss mit der Verhinderungspolitik der CSU! Die schon längst fertiggestellte Potenzialanalyse für Windräder im Staatswald muss umgehend veröffentlicht werden. Gleichzeitig müssen die restriktiven Vorgaben aus der Politik, die sogar über die 10H-Regelung hinausgehen, umgehend zurückgenommen werden. Die Staatsforsten werden außerdem mit allen Mitteln unterstützt, offensiv konkrete Standorte zu entwickeln und insbesondere Bürgerenergie-Projekten zur Verfügung zu stellen. Mit den Staatsforsten als starken Partner kann die Bürgerenergie die Unsicherheiten durch bundesweite Ausschreibungen ausgleichen.

München, 23. April 2021

*Ludwig Hartmann, MdL, Fraktionsvorsitzender
Bündnis90/Die Grünen im Bayerischen Landtag*